Deutsche Pfadfinderschaft

DPSG-Diözesanvorstand · An St. Ignatius 8 · 4300 Essen 1 Q 0201/792003/04

Herrn Karl Josef Denzer Haus des Landtages Ständehausstraße 1 Postfach 11 43

Sankt Georg

4000 Düsseldorf 1

und/der Deutschen

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN 10. WAHLPERIODE

Essen, 29.10.87

Haushaltsentwurf NRW für das Jahr 1988 - Etatberatungen hier: Landesjugendplan

Sehr geehrter Herr Denzer,

im Landtag NW wird z. Zt. die Vorlage der Landesregierung für den Haushalt 1988 beraten.

Unser Verband hat sich am Wochenende 17./18. Oktober 1987 mit dem Entwurf zum Landesjugendplan intensiv auseinandergesetzt und mit großer Betroffenheit die gekürzten Ansätze zur Kenntnis genommen.

Erneut muß Jugendarbeit um die Sicherung ihrer Arbeit und um die finanziellen Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement in dieser Gesellschaft kämpfen. Dieser fast jährliche Kampf um eine tragbare und notwendige Förderung dieses Lebens-, Bildungs- und Erziehungsfeldes für die junge Generation unseres Landes wirkt auf die ehrenamtlichen Mitarbeiter und Leitungskräfte zermürbend, entmutigend und wird als ein weiteres Indiz dafür genommen, daß das ehrenamtliche Engagement in diesem Bereich gesellschaftlich und politisch nahezu überhaupt nicht gewürdigt wird.

In der Jugend(verbands)arbeit bemühen sich junge Erwachsene um eine verbindliche Begleitung von Kindern und Jugendlichen und wollen in einem zeitlich längeren Rahmen einen glaubwürdigen Beitrag dazu leisten, damit die Lebensentwicklung und Zukunftsgestaltung junger Menschen gelingen kann. Dagegen steht offenbar immer mehr der Ausbau einer Beratungsgesellschaft in allen Lebensbereichen und der Abbau von gesicherten, ganzheitlichen Lebenserfahrungen, die grundlegend Menschen stärken und reifen lassen.

Wir bitten Sie sehr, die beiliegende Stellungnahme zur Kenntnis zu nehmen, in Ihre politische Arbeit miteinzubeziehen und uns eine Antwort zukommen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Ulrich Kemner Diözesanvorsitzender

Anlage

Deutsche Pfadfinderschaft Sankt Georg

Diözesanverband Essen

BESCHLUSS DER

DIÖZESANVERSAMMLUNG DPSG

"Die Diözesanversammlung der DEUTSCHEN PFADFINDERSCHAFT SANKT GEORG/ Diözesanverband Essen nimmt mit Erschrecken die beabsichtigten Kürzungen im Landesjugendplan NRW, insbes. in den Positionen Bildungsaufgaben, offene Jugendarbeit und Bauprogramme, bei dem von der Landesregierung vorgelegten Haushaltsentwurf für das Jahr 1988 zur Kenntnis.

Sorge und Kritik beziehen wir vor allem auf den um 2.18 Mill. DM sehr stark gekürzten Ansatz 'Bildungsaufgaben'.

Mit dieser vorgesehenen Kürzung wird ein sehr sensibler und für die ehrenamtlich getragene Jugendverbandsarbeit existentieller Bereich betroffen. Eine zentrale Rahmenbedingung, die die -ja auch fürdie Gesellschaft gewünschte- ehren amt liche Mitarbeit und Leitung in der Jugendarbeit ermöglicht und wesentlich stützt, wird damit abgebaut.

Durch AUS- und WEITERBILDUNG

- werden ehrenamtliche Gruppenleiterinnen und Gruppenleiter für ihre schwieriger gewordene Aufgabe geschult und weitergebildet,
- erfahren sie Halt, Beratung und Praxishilfen,
- werden Begegnungen und Kooperation angestoßen und ermöglicht,
- werden Ziele und Konzeption der Jugendarbeit und Jugendbildung an die Praxis getragen sowie durch die Praxis kontrolliert und reflektiert.

Durch die absehbare starke Verteuerung von Teilnehmergebühren werden die Mitarbeiter zusätzlich zu ihrem umfangreichen ehrenamtlichen Engagement über Gebühr belastet: die Existenz von Jugendbildungsstätten ist bedroht, da ein Rückgang der Teilnehmerzahlen zu befürchten ist. Zusätzlich ergeben sich für die Bildungsstätten zusätzliche Belastungen dadurch, daß die Landesjugendplanposition 'Bauprogramme' ebenfalls im Ansatz zurückgeschraubt worden ist.

Diese Entwicklung verschärft sich in den Gebieten des Ruhrgebietes, die mit hoher Arbeitslosigkeit und Strukturkrise zu kämpfen haben. Damit erfahren die dort lebenden Menschen eine doppelte Belastung:

- die sozialen und materiellen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit und Strukturkrise,
- den drohenden Entzug von begleitenden Hilfen in der Lebensgestaltung durch Jugendarbeit (und anderen Diensten).

Gerade weil wir als großer katholischer Jugendverband im Ruhrgebiet in Solidarität stehen zu den von der Strukturkrise betroffenen Menschen, müssen wir deutlich gegen diese Sparmaßnahmen im Landesjugendplan protestieren und bitten die Politikerinnen und Politiker in ihren weiteren Haushaltsberatungen um entscheidende positive Veränderungen.

Das Bemühen um Zukunftssicherung und Lebensqualität der Menschen und der jungen Generation im Ruhrgebiet umfaßt die Schaffung und den Erhalt von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, aber auch die Sicherung der sozialen Dienste, der Freizeitangebote, der vielfältigen Kultur und der Jugendarbeit.

Deutlich begrüßen wir die Absicht, die Position 'Sonderurlaubsgesetz' und 'Erholungsmaßnahmen' im Landesjugendplan zumindest mit den bisherigen Ansätzen zu erhalten.

Hagen-Rummenohl, 18. Oktober 1987